

Österreichs Schuldenaufnahme sinkt: Was bedeutet das für die Zukunft?

Am 12. Dezember 2024 plant Österreich, 43 bis 47 Mrd. Euro über Bundesanleihen aufzunehmen, weniger als 2024. Auswirkungen der Regierungsverhandlungen bleiben abzuwarten.



Österreich, Land -

Die Republik Österreich plant für das Jahr 2025, weniger Geld an den Finanzmärkten aufzunehmen als im Vorjahr. Es wird erwartet, dass zwischen 43 und 47 Milliarden Euro über Bundesanleihen generiert werden, was einem Rückgang im Vergleich zu 49 Milliarden Euro im Jahr 2024 entspricht. Laut Markus Stix, dem Chef der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA), liegt der Grund für die niedrigere Schuldenaufnahme vor allem in reduzierten Tilgungen im kommenden Jahr. Trotz der beginnenden

Regierungsverhandlungen, die die endgültige Budgetplanung beeinflussen könnten, werde ein gewisser Anstieg der kurzfristigen Finanzierungsinstrumente prognostiziert.

Zusätzlich werden 2025 wieder grüne Bundeswertpapiere im Wert von rund 6 Milliarden Euro emittiert, um den Anteil nachhaltiger Finanzierungsinstrumente weiter zu erhöhen, berichtet **oe24**. In der Immobilienfinanzierung hat sich die Finanzschuld Österreichs bis Ende November 2024 auf rund 296,3 Milliarden Euro belaufen, und der Druck auf die zukünftige Regierung, die Fiskalregeln einzuhalten, bleibt ungebrochen.

Wachsende Abflüsse zeigen deindustrialisierte Tendenzen

Derweil beunruhigen die Investitionsdaten in Deutschland Wirtschaftsanalysten. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berichtet, haben ausländische Unternehmen im Jahr 2023 nur rund 22 Milliarden Euro in Deutschland investiert, was den niedrigsten Wert seit einem Jahrzehnt darstellt. Zudem erlebte Deutschland Netto-Abflüsse in Höhe von 94 Milliarden Euro, was auf eine potenzielle Deindustrialisierung hindeutet. Immer mehr deutsche Unternehmen verlagern ihre Investitionen in die EU, wobei etwa zwei Drittel der Auslandsinvestitionen in die Nachbarländer fließen.

Christian Rusche, ein Ökonom des IW, hebt hervor, dass die unzuverlässige politische Lage in Deutschland Unternehmen abschreckt und die Investitionsbedingungen dringend verbessert werden müssen. Andernfalls könnte die Deindustrialisierung sich stark beschleunigen, so Rusche weiter, was die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährden könnte. Diese Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit einer raschen politischen Stabilität und Unterstützung für die heimische Wirtschaft, um ausländische Investoren zurückzugewinnen und die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, wie **iwkoeln** berichtet.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.oe24.at • www.iwkoeln.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at